NACHRICHTEN
Österreich

24. März 2025

Österreich plant umstrittene Überwachung von Messenger-Diensten!

Österreich plant die Überwachung von Messenger-Diensten unter Innenminister Karner; politische Spannungen und Gesetzesänderungen stehen bevor.

Österreich - Österreich steht vor einem folgenreichen Schritt in der Überwachung digitaler Kommunikationsmittel. Im Rahmen des Regierungsprogramms plant Innenminister Gerhard Karner, die Überwachung von Messenger-Diensten einzuführen, um gezielt in Einzelfällen gegen potenzielle Straftäter vorzugehen. Karner betont, dass es sich nicht um eine flächendeckende Überwachung handelt, sondern vielmehr um die Bearbeitung von jährlich geschätzten 25 bis 30 Einzelfällen durch den Verfassungsschutz. Obwohl eine neue Verfassungsbestimmung nicht zwingend erforderlich ist, wird eine breite politische Mehrheit für das Vorhaben als wünschenswert erachtet. Dies berichten **Kosmo**.

Zusätzlich haben die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Neos Anmerkungen zu dem Gesetzesentwurf eingereicht. Karner plant, diese Vorschläge vor der Umsetzung des Gesetzes einzuarbeiten, was die politische Diskussion rund um das Thema weiter anheizt.

Familiennachzug und Migration

Parallel zur Diskussion um die digitale Überwachung plant Karner auch eine Neuregelung des Familiennachzugs durch eine Quotenregelung. Diese Gesetzesänderung zielt darauf ab, den Familiennachzug vorübergehend zu stoppen und auszusetzen.

Österreich hat die EU-Kommission über diese Entscheidung in Kenntnis gesetzt und plant die Einführung eines „Kontingentierungsmodells“ für regional verträglichen Zuzug. Dabei sollen bestimmte Kriterien wie Sprachkenntnisse, Selbsterhaltungsfähigkeit und vorhandene Schulplätze maßgeblich sein.

Ein weiteres zentrales Thema bleibt die Rückführung von Bürgern aus Krisenregionen wie Syrien und Afghanistan. Der Fokus liegt hierbei auf der Rückführung von Gefährdern und Straftätern, obwohl derzeit keine konkreten Pläne für Rückkehrzentren bestehen.

Digitale Rechte und ethische Überlegungen

Im Kontext der geplanten Maßnahmen in Österreich stehen auch die Prinzipien der digitalen Transformation, die auf der EU-Ebene festgelegt wurden, im Fokus. Gemäß der **Digital Strategy der EU** sollen Menschen und ihre Rechte immer in den Mittelpunkt digitaler Entwicklungen gestellt werden. Dies umfasst Aspekte wie den universellen Zugang zu Technologien, die Gewährleistung von Wahlfreiheit im Internet und die Sicherheit sowie Förderung von Inklusion und Solidarität in der digitalen Welt.

Die EU verpflichtet sich, einen digitalen Wandel zu gestalten, der das Leben aller verbessert und den Zugang zu fairen digitalen Bedingungen garantiert. Diese Grundsätze sind auch für die Diskussion über Überwachungsmaßnahmen von Bedeutung, da sie die Verantwortung der Politik unterstreichen, die Grundrechte und die Privatsphäre der Bürger zu wahren.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• **www.kosmo.at** • **digital-strategy.ec.europa.eu**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at